

## Benzin in Fülle

Die bundesdeutschen Tankstellen-Tanks sind voll wie nie. Mehr als erwartet ging der Benzinverbrauch durch Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung und Selbstbeschränkung zurück — nach Schätzungen des ADAC und der Bonner Ministerien im Dezember um weit über 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis: Randvolle Tankwagen fahren von Tankwart zu Tankwart und dienen Sprit an. Verkehrsexperte Götz Weich aus der Münchner ADAC-Zentrale weiß: „Die kutschieren durch die Gegend und versuchen verzweifelt, ihren Saft loszuwerden.“ Da auch der Preis ins Rutschen geraten ist, mögen Bonner Planer denn auch nicht ausschließen, daß das erstmals für das Wochenende 19./20. Januar in der Vorwoche vom Kabinett beschlossene Fahrverbot abwechselnd für Autos mit geraden und ungeraden Nummernschild-Endziffern nur von kurzer Dauer ist. Weich: „Das versteht sowieso kein Mensch.“

## Steuerfreier Nebenerwerb

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand macht sich bei einem Partei-

freund, dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Hans Wertz, für Kollegen von der Opposition stark. Auf Bitten der Unions-Fraktionsmanager Leo Wagner und Wilhelm Rawe informierte Wienand den Düsseldorfer Genossen von dem Wunsch der christdemokratischen Fraktions-Oberen, ihre monatliche Aufwandsentschädigung (zwischen 3500 und 10 000 Mark) nach dem Abgeordnetendiäten-Gesetz zu behandeln und damit von der Einkommensteuer freizustellen. Eine Reihe von Spitzen-Abgeordneten der CDU/CSU haben bislang darauf verzichtet, diese Nebeneinkünfte dem Fiskus zu melden. Sie berufen sich unter anderem auf eine Erklärung des Finanzamtes Flensburg von 1967, welches das Zubrot ihres (inzwischen gestorbenen) Geschäftsführers Will Rasner von Steuerzahlungen befreite. Doch per Rundschreiben verfügten die Finanzämter im September, alle aus den Fraktionskassen gezahlten Aufwandsentschädigungen seien zu versteuern. Sollte die Düsseldorfer Finanzverwaltung in diesem Sinne entscheiden, „wird bezahlt“ (CDU-Steuerexperte Reinhold Kreile) — und das sei „Sache des einzelnen Steuerpflichtigen“: Die Fraktionskasse werde nicht geschöpft.

## Krach um Studenten

Der christlich-soziale Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bonner Bundestag, Albert Probst, weigert sich, einen Beschluß des parlamentarischen Gremiums auszuführen. Mit ihrer absoluten Mehrheit hatten die sozial- und freidemokratischen Bildungspolitiker beschlossen, den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), den DKP-nahen Spartakus und den Sozialistischen Hochschulbund (SHB) wie andere Studenten-Organisationen und Verbände auch zu dem Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes anzuhören. Erbstob lehnte der CSU-Mann ab: „Das ist unter der Würde des deutschen Parlaments.“ Doch die Ausschluß-Mehrheit will sich den Widerstand ihres Vorsitzenden nicht gefallen lassen. SPD-MdB Günter Wichert fordert: „Wenn Herr Probst sich nicht in der Lage sieht, Mehrheitsbeschlüsse auszuführen, soll er doch gehen.“

## Parlament oder Prunkbau?

Ein neues Gebäude für 100 bis 150 Millionen Mark wollen sich die NRW-Abgeordneten in den nächsten Jahren in Düsseldorf bauen lassen. Gegen ihren Koalitionspartner SPD setzten die Li-



## Massaker an kambodschanischen Frauen und Kindern

durch die Regierungstruppen des Marschalls Lon Nol dauern immer noch an, obwohl Gerüchte von einer chinesisch-amerikanischen Übereinkunft zur Beendigung des Indochina-Krieges berichten. Während die „Kö-

nigliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha“ (Grunc) unter dem im Peking Exil lebenden Prinzen Norodom Sihanouk immer mehr Anhänger in der Bevölkerung findet und sämtliche Grunc-Minister

schon in Gebieten sind, die von kommunistischen Partisanen kontrolliert werden, terrorisierten Lon Nols Soldaten Zivilisten durch Greuelthaten — so an der Nationalstraße 4, vierzig Kilometer südwestlich der Hauptstadt Pnom Penh, wo Regimetreue wehrlose Frauen niedermetzten (l.) und Verwundete mit Spaten erschlugen (r.).